

# *Brennpunkt IRAK*

**Almut Wieland-Karimi**

## **Krieg in Irak - Rückschritte im Friedensprozess in Afghanistan?**

### **Afghanistan und nun Irak - Ein déjà vu?**

Die traurigen Ereignisse des 11. September in den USA haben den Boden für die Vertreibung der Taliban in Afghanistan, das Bonner Friedensabkommen vom Dezember 2001 und den Friedens- und Wiederaufbauprozess in Afghanistan geebnet. Auch der Irak tauchte nach dem 11.9. wieder auf der weltpolitischen Agenda auf: Wenn auch keine eindeutigen bzw. überzeugenden Beweise für die Verwicklung des irakischen Regimes unter Saddam Hussein und einer gewaltbereiten islamistischen Internationalen vorgelegt werden konnten, hat George Bush mit seiner Rede an die Nation im Jahr 2002 Irak in die „Achse des Bösen“ und auf Platz eins der Bedrohung der internationalen Sicherheit gesetzt. Wie in Afghanistan mit der Vertreibung der Taliban bereits umgesetzt, soll nun das Regime im Irak gestürzt werden.

Mögliche Strategien für die Pläne nach Beendigung eines terroristischen Regimes kommen bekannt vor: Demokratisierung, *nation building* und eine wie auch immer geartete internationale – insbesondere amerikanische - Schutztruppe sollen gewährleisten, dass sich die Staaten in die Weltgemeinschaft reintegrieren. Der afghanisch-amerikanische US-Sonderbotschafter für Afghanistan, Zalmay Khalilzad, ist nun auch Sonderbotschafter für den Irak – es liegt nahe, dass die Strategien und Konzepte für die beiden Länder große Ähnlichkeit aufweisen werden.

Allerdings steckt der Friedens- und Wiederaufbauprozess in Afghanistan noch in Babypantoffeln (Kinderschuhe wären schon eine recht große Größe): Die meistgesuchten "Schurken", nämlich Mullah Omar als Gastgeber der al-Qaida, und Usama Ben Laden als deren Anführer, konnten nicht festgesetzt werden. Abgesehen davon zeigt sich alltäglich, wie fragil und mühselig der Friedensprozess ist: Demokratie lässt sich nicht verordnen, sondern kann sich nur langsam in einem evolutionären Prozess entwickeln. Dieser braucht erstens Zeit und zweitens einen langen Atem, sowohl auf afghanischer als auch auf internationaler Seite. Ohne externe Unterstützung wird es unmöglich sein, den Konflikt mit seinen verschiedenen Ebenen dauerhaft zu lösen bzw. die gewaltsame Austragung von Meinungsverschiedenheiten mit militärischen Mitteln zu unterbinden. Nach über zwei Jahrzehnten Krieg und Bürgerkrieg wäre es auch vermessen anzunehmen, dass dafür eine nur kurze Zeitspanne internationaler Aufmerksamkeit und Engagements ausreichen würde. Und im Irak wir der Atem mindestens genauso lange halten müssen.

### **Status quo - ein gutes Jahr nach Ende des Taliban-Regimes**

Die gegenwärtige Situation in Afghanistan lässt sich folgendermaßen zusammenfassen: Zwar begrüßt die kriegsmüde Bevölkerung natürlich den Friedensprozess und das internationale Engagement, insbesondere die Wiederaufbaumaßnahmen und die internationale Schutztruppe ISAF, und es können auch schon einige Erfolge verbucht werden: Über drei Millionen Kinder gehen wieder zur Schule, in den Kabuler Büros arbeiten wieder leicht bekokpftuchte Frauen und das Straßenbild vor allem in Kabul ist orientalisches lebendig geworden.

Aber in den Provinzen hat sich die Lage nur wenig verbessert: Internationale Hilfe kommt wegen der noch labilen Sicherheitslage und der noch nicht effizient arbeitenden Verwaltungsstrukturen nur sehr eingeschränkt an. In vielen Provinzen hält die Atmosphäre der Angst an. Politische Ziele werden z. T. mit der Androhung von Gewalt erreicht, was die Unregelmäßigkeiten und massiven Verstöße gegen das Bonner Friedensabkommen während der Delegiertenwahlen zur außerordentlichen *loya jirga* im Sommer letzten Jahres deutlich demonstrieren. Immer wieder finden auf lokaler Ebene militärische Gefechte zwischen verfeindeten *warlords* oder Regionalfürsten statt. Entscheidend für die Beendigung des Konflikts ist insofern die Demobilisierung und Rehabilitation der Milizen und Ex-Kombattanten. Alle externen Geber müssen sich darauf als Querschnittsaufgabe konzentrieren. Die Erwartungshaltung sollte aber auch nicht von Ungeduld geprägt sein. Die Situation nach einem guten Jahr nach Sturz der Taliban jedoch unterstreicht, dass noch sehr viel zu tun ist in diesem Land.

Nach Monaten relativer Ruhe ist in den letzten Wochen vor allem die Bedrohung des Friedensprozesses - und damit auch der internationalen Sicherheit - durch die Reorganisation gewaltbereiter islamistischer Kräfte deutlich geworden. Vor allem im Südosten des Landes, in den Grenzgebieten zu Pakistan, sind die Gegner der internationalen Koalition aktiv. Sie nennen sich angeblich "Heilige Armee der muslimischen Mudjaheddin". Amerikanische Soldaten und verbündete Einheiten töteten bei Gefechten im Südosten Afghanistans Ende Januar mindestens 18 Rebellen und setzten in Kabul mehrere Männer fest, die Anschläge auf internationale Einrichtungen geplant haben sollen. Auch die ISAF hat sich an regelmäßige Raketenbeschüsse auf ihr Lager am Stadtrand Kabuls gewöhnen müssen. Die afghanische Regierung geht ebenso wie die USA davon aus, dass sich Anhänger des ehemaligen Mudjaheddin-Führers Gulbuddin Hekmatyar mit versprengten Kämpfern der Taliban und al-Qaida verbündet haben. Diese Entwicklung wird auch dadurch negativ verstärkt, dass ein Bündnis islamistischer Gruppen bei den pakistanischen Wahlen im Herbst 2002 die North-West-Frontier-Province für sich gewinnen konnte.

### **Kurswechsel der USA**

Die USA haben seit letztem Sommer einen Kurswechsel gegenüber den ehemaligen *warlords* bzw. Regionalfürsten wie Ismail Khan in Herat vorgenommen. Seitdem wächst der Druck der USA auf diese: Entweder sie arbeiten mit der Hauptstadt in einer *win-win* Situation zusammen, indem sie auch von der internationalen Unterstützung für die Regierung in Kabul profitieren und gleichzeitig ihren Einfluss auf Provinzebene behalten können, oder aber sie könnten von US-Sonderkommandos entmachtet werden. Aus diesem Grund bildeten die USA auch Regionalteams, die in den Provinzen gleichzeitig für Sicherheit und für den Wiederaufbau zuständig sein sollen. Ob diese Strategie aufgehen wird, muss sich noch zeigen. Die amerikanische Regierung kann sich keine Instabilität in Afghanistan leisten, damit es nicht wieder zu einer Bedrohung für die internationale Sicherheit werden könnte.

Von internationalem Interesse ist das Land vor allem wegen seiner geostrategischen Lage und eines möglichen Pipelinebaus für Öl und Gas, um den reichhaltigen Ressourcen im Kaspischen Meer einen Zugang zum Meer bzw. alternative Wege für den Abtransport zu Iran und Russland zu ermöglichen - Stichwort Diversifizierung der Öl- und Gastransportrouten über Turkmenistan, Afghanistan, Pakistan zum Persischen Golf und Indischem Ozean. Der Pipelinebau, für dessen Bau bereits erste Verträge unterzeichnet wurden, wird stabilisierend auf Afghanistan wirken, da auch deshalb das externe Interesse an Frieden in Afghanistan bestehen bleiben und wirtschaftlich für das Land von Vorteil sein wird. Hier zeigen sich auch die überraschend vielen Gemeinsamkeiten zwischen Afghanistan und Irak: Sowohl wichtige Energieressourcen, die nicht nur die westlichen Staaten benötigen, als auch der Terror, der die Sicherheit der westlichen Gesellschaften bedroht, stammen aus derselben Weltregion.

### **Szenario: Krieg in Irak – Neue Argumente für eine Solidarisierung in Afghanistan**

Die sich neu im pakistanisch-afghanischen Grenzgebiet formierenden gewaltbereiten islamistischen und gegen das Bonner Friedensabkommen gerichteten Gruppen artikulieren sich als Gegner der

westlichen Hegemonie und der vom Westen aufkotroyierten Werte wie Demokratie und Menschenrechten. Diese Rhetorik stößt in der Region nicht auf taube Ohren, denn ein Krieg im Irak wäre aus ihrer Sicht in erster Linie ein Schlag der einzigen und westlichen Weltmacht USA gegen die muslimische Welt. Weitere Akteure - wie Saudia-Arabien et al. - sind solchen Argumenten gegenüber offensichtlich auch aufgeschlossen und die Reihen dieser sich neu formierenden Islamisten sind international besetzt. Der immer wahrscheinlicher werdende Krieg in Irak wird sich also auch destabilisierend auf Afghanistan auswirken, denn die gewaltbereiten Kräfte werden weitere Anhänger mobilisieren können.

Die ohnehin fragile Sicherheitslage könnte sich weiter verschlechtern und nach vereinzelt Übergriffen gegen Ausländer besteht die Gefahr, dass diese systematischer stattfinden könnten. In islamistischen Pamphleten wird zum Widerstand gegen die über 8000 im Land stationierten amerikanischen Soldaten aufgerufen. In dieser schwierigen Situation übernehmen nun die Deutschen und die Niederländer am 10. Februar gemeinsam das Oberkommando der ISAF. Bereits Anfang Januar hatte der türkische General Zorlu davor gewarnt, dass es im Falle eines Irak-Kriegs zu Übergriffen auf Ausländer kommen könne und die ISAF ihre Sicherheitsvorkehrungen verschärfen müsse. Grundsätzlich zieht er eine positive Bilanz des ersten Jahres von der ISAF-Tätigkeit in und um die drei Millionen-Hauptstadt Kabul. Insbesondere mit der deutschen Kommandoübernahme bei der ISAF verbinden die Afghanen viele Hoffnungen, da die Deutschen weiterhin über ein besonders gutes Ansehen verfügen.

Eher unwahrscheinlich ist jedoch, dass sich - wie Zorlu auch vermutet hatte - gewöhnliche Menschen, die nicht zu den Sympathisanten von den Taliban, al-Qaida oder Hekmatyar gezählt werden können, an solchen Übergriffen beteiligen würden: Die überwiegende Mehrheit der Afghanen weiß genau, dass der Friedensprozess an einem leicht reißbaren Faden hängt und nur die internationale Präsenz die Umsetzung des Bonner Friedensabkommens gewährleisten kann. Die Mehrheit der Afghanen ist gegen die Islamisten. Sie sorgt sich vielmehr darum, dass ein Krieg im Irak die internationale Aufmerksamkeit von Afghanistan ablenken könnte und die externen militärischen und personellen Ressourcen anderweitig benötigt werden könnten. Amerikanische Sprecher haben den Fortbestand ihrer Präsenz in unvermindertem Maße zwar immer wieder zugesichert, dennoch wächst die Unsicherheit bei den Afghanen, ob nicht wie Anfang der 90er Jahre Afghanistan von der Weltgemeinschaft fallen gelassen werden könnte.

### **Bausteine für eine dauerhafte Befriedung**

Die weitere politische und militärische Entwicklung hängt hauptsächlich von der mittel- und langfristigen externen Unterstützung ab, wobei die USA eindeutig die Hauptakteure sind. Ohne eine Ausweitung des ISAF-Mandats auf weitere Provinzen bleibt das Thema Sicherheit fast ausschließlich in den Händen der USA – trotz des starken europäischen Engagements. Von Präsident Karzai, vom UN-Sondergesandten Brahimi und vielen weiteren internationalen Organisationen und Beobachtern wurde eine Ausweitung immer wieder gefordert, scheiterte aber – bis jetzt - aufgrund der mangelnden internationalen, vor allem personellen Ressourcen und der mangelnden Bereitschaft der USA mit der ISAF unter einem Dach/Mandat zu kooperieren. Sinnvoll wäre es Brückenköpfe, in verschiedenen Provinzstädten - wie die Amerikaner es bereits mit den Regionalteams getan haben - einzurichten, die vor allem symbolisch die internationale Anwesenheit zeigen sollten. Dazu bedürfte es nur eingeschränkt erweiterter Kontingente.

Das Bonner Abkommen als Fundament des Friedensprozesses ist als sehr ehrgeizig zu bewerten, wobei es wichtige grundlegende Schritte zur politischen Stabilisierung und Demokratisierung des Landes einleiten könnte. Die Gefahr besteht, dass der Zeitplan nicht eingehalten werden kann, da Afghanistan als *failed state* praktisch bei Null – ohne funktionierende Institutionen auf der zentralstaatlichen und auf der Provinz-Ebene - ansetzen muss. Zudem ist das Misstrauen der politischen und ehemals militärischen Widersacher gegeneinander groß und die Bereitschaft (noch) gering, mit demokratischen Mitteln um Macht zu ringen. In der Zentralregierung ist ein Mikrokosmos unterschiedlichster Interessen vertreten, und Islamisten - wie der oberste Richter des Landes - nehmen

zentrale Positionen ein. Die Schwierigkeit liegt nun darin, im weiteren Prozess abzuwägen zwischen einem relativ strikten Festhalten an dem Zeitplan einerseits, um nicht Willkür und der Vorteilnahme bei Verzögerung oder Verschiebung durch spezifische Interessengruppen Tür und Tor zu öffnen. Auf der anderen Seite kann der Friedensprozess nur eine Chance haben, wenn er möglichst partizipativ und transparent gestaltet wird sowie fundamentale Schritte wie die Einsetzung einer Verfassung Ende diesen Jahres und die Abhaltung von Wahlen im Sommer 2004 sorgfältig vorbereitet werden können – dafür ist jedoch viel Zeit nötig. Dieses Spannungsverhältnis wird Afghanistan mittelfristig begleiten.

Ein weiterer Stolperstein ist die mangelnde innenpolitische Unterstützung für Präsident Karzai bzw. ein fehlender Alternativkandidat, der die Umsetzung der Bonner Beschlüsse gewährleisten könnte. Wenn parallel zur externen Unterstützung für Karzai und dessen Zentralregierung keine innenpolitische Unterstützung mobilisiert werden kann, wird entweder ein Machtvakuum oder eine noch stärkere Übermacht von Islamisten aus der ehemaligen Nordallianz entstehen. Reformkräfte aus der Regierung und der zarten Pflanze einer sich entwickelnden Zivilgesellschaft könnten eine stabilisierende Rolle spielen. Erste vertrauensbildende Maßnahmen haben zur Bildung größerer politischer Bündnisse in Vorbereitung der *loya jirga* und den Wahlen geführt. Von Vertretern der Verfassungsbewegung, die es seit den 20er Jahren des letzten Jahrhunderts gibt, über Königsanhänger, ehemalige Kommunisten bis hin zu den demokratischen Flügeln der *United Front* suchen sie die Chance einer politischen Teilhabe am Prozess zu nutzen, wenn dies auch in Anbetracht der vielen in Kriegszeiten gewachsenen Vorbehalte gegeneinander äußerst mühsam ist. Allerdings drängt auch hier die Zeit in Anbetracht des ehrgeizigen Fahrplans.

*Almut Wieland-Karimi, Repräsentant der Friedrich-Ebert-Stiftung, Afghanistan*

*Februar 2003*

---

Friedrich-Ebert-Stiftung, Nahiye 4, Karte Parwan, DAhan-e Nal (Istgah-e Bus), Kabul, Afghanistan, Tel.: 0093 70280441, e-mail: wielanda@fes.de